

Bereich Bildung/Schule

Nr: 1058 / 1 Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!

Rang: 1

Stimmen pro: 937

Stimmen kontra: 70

Stimmen saldo: 867

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Bildung findet nicht nur im Elternhaus, Kindergärten und Schulen statt - sondern auch in Jugendeinrichtungen! Die aktuellen Kürzungsvorschläge durch die Kämmerei werden dazu führen, dass viele Jugendeinrichtungen ihre Pforten schließen müssen. Wenn Köln sich weiterhin als Soziale Stadt versteht, darf das nicht geschehen. Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ohne Leistungsdruck ausprobieren können, ihre Stärken und Neigungen entwickeln können und vor allem auch sinnvolle Freizeit verbringen können. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die notwendigste Investition in die Zukunft!

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext:

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext: Eine fachliche Stellungnahme der Verwaltung liegt nicht vor, im Haushaltsplan sind entsprechende Mittel bereitzustellen.

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext: Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt die Bürgervorschläge mit der Konkretisierung: Für die Veedel Merheim und Brück wird ein, ggf mobiles, Jugendan-

gebot geschaffen, das sich neben der hauptamtlichen Arbeit von Sozialarbeitern auch auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in diesen Veedeln stützt. Besonders in den Veedeln Brück und Merheim fehlen attraktive Jugendeinrichtungen mit sozialpädagogischer Betreuung. Der Vorschlag, die ehrenamtliche Betreuung zu organisieren, ist grundsätzlich richtig. Wie auch aus der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen ist, kann eine ehrenamtliche Arbeit nur dann erfolgreich sein, wenn eine hauptamtliche professionelle Begleitung besteht. Trotz der, eher gerade, wegen der schwierigen Haushaltslage unterstützt die Bezirksvertretung Kalk diesen Vorschlag. Denn eine gute Jugendarbeit schützt die Stadt Köln vor schwerwiegenden Folgekosten!

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 1338 / 10 Graffiti- und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" möchte eine Hall of Fame..d.h. Freiflächen für Graffiti

Rang: 10

Stimmen pro: 304

Stimmen kontra: 13

Stimmen saldo: 291

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Das Graffiti - und Jugendkunstprojekt "Mittwochs Maler" existiert seit 4 Jahren. In dieser Zeit wurden eine Menge Graffitiaufträge durchgeführt, für Privatpersonen aber unter anderem auch für die Kölner Verkehrsbetriebe, GraffitiAusstellungen in den Räumlichkeiten der Nippesser Clouth Werke präsentiert, ein GraffitiFachtag mit Experten zum Thema "Graffiti und Jugendkultur" abgehalten, Workshops mit anderen Jugendeinrichtungen und Teilnahme an HipHop und Urban Culture Events durchgeführt und und ..Infos unter : www.mittwochs-maler.de Die Mittwochs Maler sind in Trägerschaft des SKM e.v. Köln und werden aus kommunalen Mitteln der Stadt Köln finanziert. Was jedoch in dieser Stadt noch fehlt, ist die Bereitschaft auch legale Wände für GraffitiSprüher anzubieten. Am besten Flächen, die TAG und NACHT frei zugänglich sind!!! Zitat von Babara Udu Warella aus Hamburg: "Es ist erstaunlich, dass die Kölner Politiker immer noch nicht begriffen haben, dass die Behauptungen der Soko Graffiti, schnelles Reinigen lässt Sprayer entmutigen, nichts wert sind. 10 Jahre rotiert die KASA und trotzdem verteilt die Polizei Flyer, um für die Mitwirkung der Bevölkerung zu werben. Auch die Behauptung, legale Wände wären der Einstieg in die Illegalität ist Unfug. Sicher kann es vorkommen, dass ein Sprayer über den Kontakt an einer legalen Wand sich zu illegalen Aktionen hinreißen lässt, aber steht hinter jedem Schlosser ein Polizist? Jede Dose, die legal verbraucht wird, ist für illegale Aktionen nicht mehr verfügbar. Bei legalen Aktionen ist eine Wertevermittlung möglich u. man kann auf Sicherheitsbestimmungen (Gasmasken usw.) und Umweltschutz hinweisen, was beim illegalen Sprühen nicht möglich ist. Es macht mehr Sinn, Freizeitbeschäftigungen für Jugendliche zu finanzieren, die nicht nur mittwochs stattfinden, sondern öfter." Abschließend noch ein Hinweis von Jürgen Kottbusch, Streetworker der Stadt Bochum: "Ich möchte mit einem Zitat aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) beginnen, wo es in § 80 (Jugendhilfeplanung) heißt: (1)

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann. Reduzieren wir das gehörte jetzt noch einmal auf die Kernaussage gemäß Subjekt, Prädikat, Objekt, dann steht hier: Die Jugendhilfe hat den Bedarf zu ermitteln und die Befriedigung des Bedarfs rechtzeitig und ausreichend zu planen. Dazu bleibt meines Erachtens nur noch zu konstatieren, dass es die Jugendkultur Graffiti bereits seit weit über dreißig Jahren gibt und die überwiegende Zahl der deutschen Kommunen sowohl in der Ermittlung wie in der Befriedigung der Bedürfnisse nach freien Flächen für Graffiti weit hinterher hinkt".

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Mittwochsmaler sind ein Kölner Graffiti Kunstprojekt, welches 2005 im Rahmen eines Hip-Hop-Netzwerkes für Toleranz und Integration entstanden ist und bis heute als laufendes Angebot der Offenen Tür Luckys Haus, unter Trägerschaft des Sozialdienstes Katholischer Männer, in Köln Bilderstöckchen angeboten wird. Sowohl das Projekt selbst, als auch die Jugendeinrichtung in dem dieses räumlich angebunden ist, werden von der Stadt Köln bezuschusst. Dieser Umstand belegt, dass die Stadt Köln das Projekt als Bestandteil von Jugendkultur sowie als Präventionsprojekt anerkennt. Es steht aus hiesiger Sicht nicht im Widerspruch zu den Bemühungen der KASA, illegales Sprayen zu ahnden und im Stadtbild zurückzudrängen. Das Projekt bietet Mädchen und Jungen ab 14 Jahren ein pädagogisch begleitetes Praxisangebot und wird als solches von Jugendlichen aus dem gesamten Stadtgebiet als Treff- und Anlaufstelle genutzt. Die Pädagogen bieten neben handwerklicher und künstlerischer Anleitung auch Beratung und Hilfestellung zu den problematischen Aspekten des Sprühens z.B. strafrechtliche Konsequenzen bei illegalem Sprühen und gesundheitliche Risiken im Umgang mit Sprühlacken. Das Netzwerk arbeitet integrativ und präventiv; es eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, alternative Ausdrucksmöglichkeiten kennen zu lernen und sie so stark gegenüber Einflüssen von Gewalt- und Fremdenfeindlichkeit zu machen. Insofern ist die Stadt Köln der Auffassung, dass sie der Verpflichtung, die sich aus dem § 80 SGB VIII ergibt, erfüllt. Die Frage ob, in wel-

cher Größenordnung, an welchen Orten legale Flächen für Graffiti ausgewiesen werden, ist jeweils auszuhandeln. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Sprühflächen in der Einrichtung Luckys Haus sind sehr begrenzt. Ein darüber hinausgehender Bedarf an legalen Freiflächen für Graffiti wird zunehmend benannt. Graffiti eignet sich in besonderer Weise für eine großflächige Gestaltung von Wänden und Fassaden. Die Bereitstellung solcher Flächen unter pädagogischer Begleitung, beispielsweise in weiteren Jugendeinrichtungen oder auf deren Gelände mit sogenannten mobilen Freiflächen wird seitens der Verwaltung befürwortet.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext:

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die

Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext: Die Verwaltung wird gebeten, der Bezirksvertretung Kalk geeignete Graffitiflächen gemäß des Bürgervorschlags unter Berücksichtigung eines pädagogisch begleitetes Praxisangebots vorzuschlagen.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 1416 / 13 Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention

Rang: 13

Stimmen pro: 264

Stimmen kontra: 8

Stimmen saldo: 256

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

In Deutschland gehen behinderte Kinder auf Sonderschulen. Ganz selbstverständlich. Wir halten das für falsch. Auch Kinder mit Behinderungen sind in erster Linie Kinder. Sie haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Wer sie zehn Jahre lang ? und damit für die gesamte Schulzeit ? von den anderen Kindern trennt und unter ?ihresgleichen? aufwachsen lässt, behindert sie bei der Integration in die Mitte der Gesellschaft. Den fehlenden Kontakt zu nicht (oder anders) behinderten Kindern kann ihnen keine noch so gute Förderung in den Sonderschulen ersetzen. Andere europäische Länder haben dies bereits längst erkannt. Im Schnitt wachsen in Europa mehr als 70 % aller behinderten Kinder integriert auf. In Deutschland sind es gerade einmal 15 %. Integrative Schulen sind hierzulande die große Ausnahme, ein Wahlrecht für Eltern und Schüler besteht de facto nicht. Die Kölner Stadtverwaltung hat dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner öffentlichen Sitzung am 20. April 2009 mitgeteilt: (??) Die Aufnahme in den GU (Gemeinsamen Unterricht) kann nur erfolgen, wenn die Schulaufsichtsbehörde im Zuge eines formellen Verfahrens (?) den GU als geeigneten Förderort festgestellt hat. Der Elternwunsch differiert häufig von der gutachterlichen Einschätzung der Eignung des Kindes. Finden die Eltern auch bei Feststellung des GU als geeignetem Förderort keinen freien Schulplatz sind sie verpflichtet, ihr Kind in einer entsprechenden Förderschule anzumelden. (??) Diese Praxis verstößt unmittelbar gegen geltendes Völkerrecht. Das ?Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen? der Vereinten Nationen ist seit dem 1. Januar 2009 für Deutschland verbindlich ? bislang leider auch in Köln ohne spürbare Auswirkung. Forderung: In Köln darf ab sofort keinem Kind mehr der ?Gemeinsame Unterricht? verweigert werden. Dafür stellt die Stadt Köln als Schulträger sicher, dass es in jedem Stadtviertel zumindest eine Grundschule mit Gemeinsamem

Unterricht gibt. Sie stellt darüber hinaus sicher, dass es in jedem Stadtbezirk zumindest eine weiterführende Schule mit Integrativen Lerngruppen gibt. Die Schulen sind notfalls vom Schulträger zusammen mit der Schulaufsicht anzuweisen. Die Stadt Köln trifft mit der Schulaufsicht ein Einvernehmen, dass grundsätzlich keine Zuweisungen ausschließlich zum Förderort Förderschule mehr getroffen werden. Die Stadt Köln sorgt im Zusammenwirken mit der Landesregierung, der Schulaufsicht und dem Landschaftsverband Rheinland für eine qualitativ hochwertige personelle und sächliche Ausstattung der Schulen mit Gemeinsamen Unterricht und Integrativen Lerngruppen. Sie unterstützt die Schulen notfalls aus eigenen Mitteln mit Sachleistungen, Fortbildungsangeboten und Personal (Sozialarbeitern, Schulpsychologen, Zivildienstleistenden sowie Sozialpädagogen und Erziehern zur Unterstützung im Unterricht, und ggf. im Einzelfall Schulbegleitern). Sie stellt damit sicher, dass die Stadt Köln potenziell für jedes Kind das Recht auf Integration einlösen kann. Begründung: 1 Umsetzung geltender Menschenrechte, siehe oben. 2 Eine repräsentative Befragung von Eltern (56 % Beteiligung) aller Kölner Drittklässler im September 2009 hatte u. a. zum Ergebnis, dass sich 72 % der Eltern den Gemeinsamen Unterricht für ihr Kind wünschen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung unterstützt das Ziel einer inklusiven Bildung entsprechend der Ausführungen der UN-Charta und damit auch die Intention der Anregung. Ziel muss es sein, den integrativen Unterricht so auszubauen, dass Eltern behinderter Kinder eine wirkliche Wahlfreiheit haben und der Wunsch nach Unterrichtung an den allgemeinen Schulen, insbesondere auch an den weiterführenden Schulen, ermöglicht wird. Der sonderpädagogische Förderbedarf eines Schülers oder einer Schülerin wird weitgehend im Zuge eines gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens (§ 19ff SchulG; AO-SF) festgestellt. Im Bescheid der Schulaufsichtsbehörde wird dabei auch der Förderort - Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht - festgelegt. Die Zuständigkeit für die Anmeldeempfehlung liegt mithin bei der Schulaufsicht, nicht bei der Stadt Köln als Schulträger. Das Platzangebot im GU hängt einerseits ab von der Bereitschaft der Schulen zu entsprechendem Engagement. Neben der Beteiligung der Stadt Köln an dem Schulversuch in NRW mit 2 Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förderung wirbt die Verwaltung im restlichen Stadtgebiet um Schulen, die bereit sind, als GU-Schulen integrativen Unterricht anzubieten (Umfrage zur Bereitschaft der Schu-

len für GU, Einzelgespräche mit Schulen, Beratungsangebote Schulaufsicht). Die Verwaltung sieht sich in ihren Bemühungen durch den Elternwillen bestätigt. Die Elternbefragung von Drittklässlern im September 2009 ergab, dass 72% der antwortenden Eltern einen gemeinsamen Unterricht befürworten, wenn die Förderbedingungen für alle Kinder stimmen. Zum anderen - und entscheidend - hängt das Platzangebot im GU von den zur Verfügung stehenden Sonderpädagogenstellen ab. Daher fordert die Verwaltung in Gesprächen und durch Schriftwechsel mit dem Schulministerium und in Unterstützung des Städtetages NRW wiederholt und nachdrücklich, die Personalausstattung für die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts zu verbessern. Der Bezirksregierung Köln stehen nur wenige Stellen für eine Ausweitung des GU in Köln zur Verfügung, sie hat jedoch bisher in allen Fällen, in denen neue Schulen Interesse angemeldet haben, die Entwicklung zur GU-Schule konstruktiv gefördert und ermöglicht. Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung des Elternwahlrechts liegt ebenfalls in der Zuständigkeit des Landes NRW. Auch dieses Anliegen hat die Kölner Verwaltung gegenüber dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW bereits mehrfach vorgetragen und auch den Städtetag um entsprechende Unterstützung gebeten. Dieser hat das Land aufgefordert, eine Änderung des Schulgesetzes zur Sicherung des Elternrechts auf die Wahl des sonderpädagogischen Förderortes vorzunehmen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips. Lediglich die Schaffung der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen liegt in der Zuständigkeit der Stadt Köln als Schulträger. In den vergangenen Jahren wurde im Zuge von Schulsanierungen die Zahl rollstuhlgerechter Schulgebäude deutlich erhöht. Durch die Entwicklung und sukzessive Umsetzung einer neuen Schulbauleitlinie, die die Verwaltung dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 24.08.2009 zur Kenntnis gebracht hat, will die Stadt Köln als Schulträger den spezifischen Raumanforderungen Rechnung tragen, die sich durch den differenzierten Unterricht sowie den individuellen Lern- und Förderbedarf in heterogenen Gruppen ergeben. Abschließend ist festzuhalten, dass die Stadt Köln die Erfüllung der Anregung, ab sofort allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, deren Eltern eine integrative Schule fordern, einen Platz im Gemeinsamen Unterricht anzubieten, nicht zusichern kann, da ihre Umsetzung entscheidend von der Landesregierung abhängig ist.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

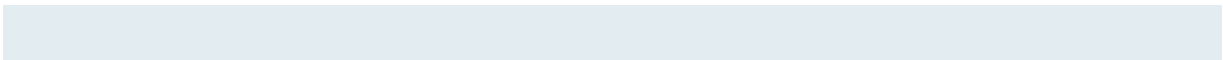
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1238 / 16 KARS braucht dringend Unterstützung durch einen Sozialarbeiter

Rang: 16

Stimmen pro: 213

Stimmen kontra: 10

Stimmen saldo: 203

Bezirke: Innenstadt

Vorschlagstext:

Die Konrad-Adenauer-Real- und Aufbaurealschule (KARS) benötigt die Schaffung einer Sozialarbeiterstelle. Die KARS hat als typische Innenstadtsschule einen 70%igen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte der Kinder spricht im Elternhaus kein Deutsch. Der Migrationshintergrund der Schüler soll aber nicht als Problem angesehen werden, sondern auch als Chance erkannt werden, voneinander zu lernen und miteinander Spaß zu haben. Viele Schülerinnen und Schüler kommen vorbelastet mit familiären Problemen oder gesundheitlich beeinträchtigt in die Schule. Die Lehrerinnen und Lehrer versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, um Probleme aufzufangen, doch sind sie angesichts der komplexen Problemlagen hiermit häufig überfordert. Gewalt unter den Schülern, Vandalismus und auch eine außergewöhnliche Suchtanfälligkeit sind die Folge. Eine weitere Besonderheit kommt noch hinzu: Die KARS ist eine Aufbaurealschule. Das heißt, ab der Klasse sieben kommen in der Größenordnung von zwei Schulklassen Schülerinnen und Schüler hinzu, die durch das Raster anderer Schulformen gefallen sind oder die als gute Hauptschüler ihren Weg hierher finden. Beide Schülergruppen haben in der Regel einen hohen Förderbedarf gerade in Bezug auf grundlegende soziale Kompetenzen. Diesen Schülern fühlt sich die Schule besonders verpflichtet. Um jedoch wirklich "aufbauen" zu können, braucht die Schule dringend einen Sozialarbeiter. Die KARS ist seit diesem Schuljahr zu einer Ganztagschule geworden. Die Kinder verbringen nun einen Großteil ihrer Zeit an der Schule und sind damit für pädagogische Anliegen greifbar. Die Lehrerschaft der Schule hat sich in den letzten Jahren sehr verjüngt und versucht mit vielen neuen Ideen und viel Leidenschaft die Kinder zu fördern. Um das soziale Klima an der Schule nachhaltig zu verändern, ist die zusätzliche Verankerung eines Profis auf diesem Gebiet - eines Sozialarbeiters - unbedingt notwendig. Sozialarbeit rechnet sich. Die Wirkkraft dieser Arbeit wurde in zahlreichen Modellversuchen bewiesen. Entstehende Kosten rechtfertigen sich durch

Minderung von Entwicklungs- und Schulschwierigkeiten der jungen Menschen. Schüler, Eltern und Lehrer sind auf ein breites gesellschaftliche Engagement angewiesen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung für unser Anliegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standard. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Nr: 682 / 20 Inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen

Rang: 20

Stimmen pro: 176

Stimmen kontra: 3

Stimmen saldo: 173

Bezirke: Porz

Vorschlagstext:

Seit über 6 Jahren engagiert sich die OT Ohmstraße in Köln Porz im Bereich der inklusiven Arbeit von Kindern mit und ohne Behinderungen. Ziel der Arbeit ist es Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, die häufig wenig Möglichkeiten der Freizeitgestaltung haben, die Nutzung unseres Jugendzentrums jederzeit zu ermöglichen. Darüber hinaus gibt es Angebote für die ganze Familie, wie Elternberatung und spezielle Gruppen für die nichtbehinderten Geschwisterkinder. Diese Arbeit wird seit ihrem Beginn überwiegend durch Projektmittel von Stiftungen und den Trägerverein finanziert. Dies wird immer schwieriger. Wir möchten mit unserer Arbeit einen Standard in der offenen Kinder und Jugendarbeit setzen und sind auf langfristige finanzielle Absicherung angewiesen. Hierfür ist es notwendig, dass sich auch die Stadt an dieser Arbeit finanziell beteiligt. Nur so können wir den ca. 100 Kindern und Jugendlichen zwischen 3 und 25 Jahren weiterhin gute Angebote machen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die offene Kinder- und Jugendeinrichtung "Haus der Offenen Tür Ohmstrasse" hat vor 6 Jahren zunächst in der Einrichtung Ohmstrasse in Köln-Porz-Eil und später auch in der Einrichtung Arche Nova in Köln-Porz Finkenbergring inklusive Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche entwickelt. Diese werden über Projekt- und Stiftungsmittel finanziert. In 2010 konnte der Einrichtung für ihre inklusiven Angebote eine Spende im fünfstelligen Bereich durch die Vermittlung des Jugendamtes überreicht werden. Die erfolgreiche Verankerung inklusiver Angebote in der Konzeption der Offenen Tür Ohmstrasse ist also noch relativ neu. Im Bereich des Kölner Jugendamtes werden zur Zeit drei Kinder- und Jugendeinrichtungen als spezialisierte Einrichtungen mit einem barrierefreien Angebot geführt: das Jugendhaus Sürth, das Geschwister-Scholl Haus (Jugendeinrichtungen) und das Franz-von-

Sales Haus (Jugendprojekt für Gehörlose). Der besondere sozial-, heilpädagogische und pflegerische Bedarf wird durch die Finanzierung einer dritten Personalstelle bei den Jugendeinrichtungen berücksichtigt. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln wird kurzfristig kaum die Möglichkeit bestehen, auch der Kinder- und Jugendeinrichtung OT Ohmstrasse eine dritte Personalstelle finanziell zu fördern. Langfristiges Ziel ist es, inklusive Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bereitzuhalten und falls notwendig, Barrierefreiheit herzustellen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Nr: 1398 / 22 Die Kultur kommt zu Euch -Kultur für Kinder aus den Kölner

Brennpunkten

Rang: 22

Stimmen pro: 166

Stimmen kontra: 2

Stimmen saldo: 164

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

In einigen Kölner Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf gibt es bereits kulturpädagogische Projekt für Kinder und Jugendliche. Dennoch sind Angebote der bildenden Kunst, der Musik, dem Zirkus, dem Theater, den neuen Medien oder dem kreativen Spiel für die Kids dort eher selten. Ich finde, dass auch diese Kinder und Jugendlichen ein Recht auf kreative Entfaltung haben und daß ihnen durch vermehrte Angebote der Zugang zur Kultur ermöglicht werden sollte. Hierzu sollten finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, die von gemeinnützigen kulturpädagogischen Trägern in Absprache mit den jeweiligen Sozialraummanagern und Bezirksjugendpflegern abgerufen werden können

Stellungnahme der Verwaltung:

Kulturelle Bildung im Rahmen der Jugendhilfe bedeutet, dass gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche Partizipationschancen erhalten und gesellschaftlicher Ausschluss über kulturelle Kompetenzen aufgebrochen wird. Die Stadt Köln misst der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche einen besonderen Stellenwert zu. Die Förderung kulturpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen wurde in den Jahren 2006 bis 2009 um 51,65 % auf ca. 560.000 EUR erhöht. Ergänzt wird diese Förderung durch Drittmittel (Jugendförderplan des Landes, Stiftungen etc.) und andere Anbieter von Maßnahmen der kulturellen Bildung. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

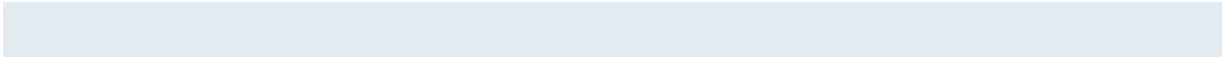
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1461 / 26 kulturelle Bildung für Kinder - feste Vollzeitstelle für Theaterpädagogik

Rang: 26

Stimmen pro: 137

Stimmen kontra: 4

Stimmen saldo: 133

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie kulturelle Bildung erfahren, soziale Kompetenzen erlangen und sich ausprobieren können. Die Kammeroper Köln in Köln-Rodenkirchen setzt sich sehr für diese kulturelle Bildung ein, geht in gesamt Köln direkt in Schulen, bietet auch direkt in der Kammeroper Köln verschiedene Workshops und ist führend in Köln für anspruchsvolles Kindermusiktheater, welches Kinder auch interaktiv in die Vorstellungen einbezieht und somit das Theatererlebnis für Kinder ganz besonders werden läßt. Dafür ist aber eine Vollzeitstelle für einen Theaterpädagogen notwendig, damit dieses Angebot aufrecht erhalten und vor allem auch ausgebaut werden kann, da der Bedarf daran sehr groß ist. Eine Förderung von Kultur für Kinder ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft, den die Kinder von heute sind die Zukunft von morgen.

Stellungnahme der Verwaltung:

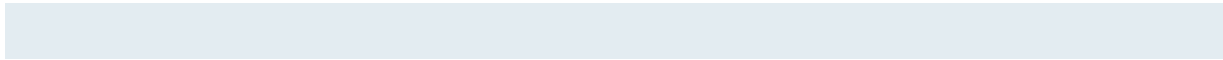
Grundsätzlich sind dezentrale Angebote sehr zu befürworten, insbesondere wenn diese in enger Kooperation mit bestehenden, verbindlichen Strukturen wie Schulen (oder dem Jugendbereich) stattfinden. Nicht in im Hinblick auf die der angespannte Haushaltslage, sondern auch Hinsichtlich der Effektivität ist die zusätzliche Einrichtung einer festen Vollzeitstelle fraglich. In der Stadt Köln gibt es eine funktionierende Förderstruktur (Kulturamt/ Theater- und Musikreferat), sowie das Handlungsfeld kulturelle Bildung. Erfahrene, professionelle Projektleiter in freier Tätigkeit könnten ein solches Projekt durchaus qualifiziert leiten. Ob eine Bereitstellung von Projektmitteln (z. B. zur Finanzierung von Projektleitern per Honorarvertrag zur Maßnahmenbetreuung) für die Kammeroper unter finanziellen Gesichtspunkten jedoch möglich ist, erscheint fraglich.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 125 / 30 Jugendzentren in den Veedeln

Rang: 30

Stimmen pro: 129

Stimmen kontra: 4

Stimmen saldo: 125

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Lernen auf die spielerische Art. In Köln fehlt es an allen Ecken und Kanten an Jugendzentren. Was machen die Kinder und Jugendlichen heute in Ihrer Freizeit? Meistens vor dem PC sitzen oder irgendwo rumhängen. Alleinerziehende können meist keine Tätigkeit aufnehmen weil sie nicht wissen wohin mit den Kids. Köln braucht mehr Jugend- und Freizeitzentren. Ehrenamtliche oder Ruheständler könnten sich dann um diese Kids und Jugendlichen kümmern. Es gibt mit Sicherheit genug davon in Köln. Viele Rentner oder Vorruheständler würden sich auf eine solche Tätigkeit mit Sicherheit freuen. Ob es der alte Lehrer ist oder der freundliche Ex-Polizist oder die Hausfrau von nebenan. Dazu noch ein paar Sozialarbeiter von der Stadt die auch SPAß daran hätten mit Jugendlichen zu arbeiten. Kochen lernen, kostenlose Nachhilfe in schwachen Schulfächer. Unterstützung bei der Ausbildungssuche. Auch durch Gesellschaftsspiele lässt sich viel erlernen. Es gibt einige Spiele wo es nicht mehr darauf ankommt als Einzelkämpfer zu gewinnen, sondern als Team.

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz erheblicher Einsparzwänge hat die Stadt Köln gerade in den letzten beiden Jahren in Jugendarbeit investiert. Im Doppelhaushalt 2008/2009 wurden zusätzlich 1.336.000 EUR zur Verfügung gestellt. Dadurch konnten eine Reihe von innovativen Projekten und neuen Einrichtungen geschaffen werden. Die Bereitschaft von Seniorinnen und Senioren, sich in Jugendzentren einzubringen ist punktuell vorhanden. Vielen älteren Menschen ist jedoch die zum Teil konflikthafte Auseinandersetzung mit Jugendlichen deutlich zu anstrengend. Ehrenamtliche Unterstützung gibt es in der Jugendarbeit vor allem durch Eltern, Besucherinnen und Besucher sowie Heranwachsenden, meist ehemaligen Besuchern der Jugendzentren, die "ihrer" Einrichtung durch die Tätigkeit etwas zurück geben möchten. Die Jugendeinrichtungen bemühen sich offensiv, Ehrenamtler zu gewinnen, um ihr Angebot trotz geringer finan-

zieller Spielräume auszuweiten.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

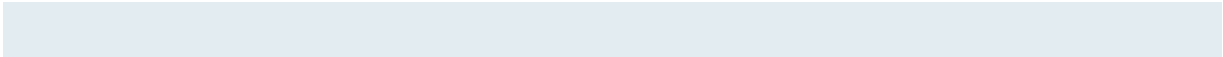
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 306 / 31 Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen

Rang: 31

Stimmen pro: 130

Stimmen kontra: 7

Stimmen saldo: 123

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Meiner Meinung nach brauchen Schulen - insbesondere in Großstädten wie Köln - mehr Psychologen/innen und Sozialpädagog/innen. Die Lehrer im Unterricht sind z.B. durch die großen Klassen, die Korrekturen sowie durch die neuen zentralen Abschluss-Prüfungen stark eingebunden und es fällt ihnen häufig schwer, neben der stofflichen Vermittlung, auf die Probleme der Schüler einzugehen. Psychologen und Sozialarbeiter sind - wenn überhaupt - jedoch nur mit einem geringen Stundenbudget an Schulen vertreten. Auch sind sie als Ansprechpartner für die Schüler zu wenig bekannt.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges

Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standard. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die

Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext: Insbesondere in Zeiten knapper Haushaltsmittel gilt es besonders abzuwägen, welche Investitionen zu tätigen sind und welche es zu kürzen oder zu streichen gilt. Präventive Maßnahmen sind bei den Erwägungen zu berücksichtigen. Dies gilt im Besonderen für Investitionen im Bildungsbereich. Die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag 306/31 verdeutlicht die immense Wichtigkeit der Arbeit von Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Die Bezirksvertretung Kalk ist sich bewusst, dass das von den Schülerinnen und Schülern nicht nur akzeptierte sondern geforderte Angebot ein wichtiges Instrument ist. Die Beratung und Arbeit durch Psychologen und Sozialarbeiter hilft Probleme präventiv zu lösen und fördert die Schülerinnen und Schüler. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben dieses Angebots Investitionen sind, die deutlich höhere Folgekosten verhindern. Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt den Bürgervorschlag 306/31 mit der Konkretisierung: Die Verwaltung soll der Bezirksvertretung Kalk vorlegen, an welchen Schulen im Stadtbezirk Kalk wie viele Schulpsychologen und Sozialpädagogen arbeiten und präventiv Schulsozialarbeit leisten. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie groß der Mehrbedarf an Psychologen und Pädagogen ist. Der Bürgervorschlag ist der Landesregierung bekanntzugeben

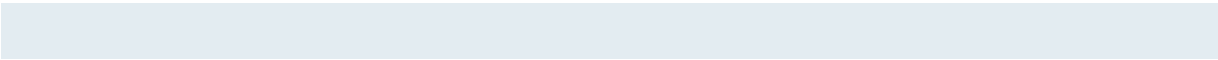
Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1 / 33 Eine zweite Grundschule für Junkersdorf

Rang: 33

Stimmen pro: 118

Stimmen kontra: 8

Stimmen saldo: 110

Bezirke: Lindenthal

Vorschlagstext:

Durch Zuzug vieler junger Familien ist Junkersdorf in den letzten Jahren extrem gewachsen. Die einzige Grundschule, die Ildefons-Herwegen-Grundschule, platzt aus allen Nähten. Daher die Bitte, Gelder im Bürgerhaushalt 2010 bereit zu halten, um das Grundstück der ehemals belgischen Grundschule zu kaufen und dort eine zweite Grundschule und eine Kindertagesstätte zu errichten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Nr: 1157 / 37 Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln

Rang: 37

Stimmen pro: 128

Stimmen kontra: 28

Stimmen saldo: 100

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Das im Jugendzentrum anyway angegliederte Aufklärungsprojekt SchLAu-Köln (schwul-lesbische Schulaufklärung) braucht Unterstützung : die methodisch durchdachte Thematisierung von Homosexualität und vielfältigen Lebensweisen im Schulkontext wird durch ca. 20-25 Ehrenamtliche Mitarbeiter durchgeführt. Hierbei lernen die Schüler verschiedene Lebensweisen und Lebenskonzepte kennen und überdenken mit den TeamerInnen stereotype Geschlechterrollen. Die Aufklärungsveranstaltungen tragen maßgeblich zur stärkeren Selbstreflexion und Infragestellung von gelernten Rollenbildern und Vorurteilen bei und regen zu einem wertschätzenden Miteinander im Schulalltag an. Momentan finden ca. 40 Aufklärungsveranstaltungen pro Jahr mit ca. jeweils 30 SchülerInnen in allen Schultypen statt und somit lernen ca. 1200 SchülerInnen pro Jahr SchLAu Köln kennen. Ehrenamtlich kann die Koordination der Veranstaltung, Supervision der TeamerInnen, Kontakte zu LehrerInnen, interne Fortbildung und Qualitätssicherung der Arbeit nicht geleistet werden und es bedarf somit ein Ausbau und eine Verstetigung dieses Engagements durch hauptamtliche personeller Unterstützung.

Stellungnahme der Verwaltung:

In einem Gespräch mit den Vertretern von anyway im Dezember 2009 wurde durch das Schuldezernat grundsätzliche Unterstützung zugesagt, jedoch wurde verdeutlicht, dass bei der derzeitigen Haushaltslage keine Möglichkeit zur Finanzierung einer Stelle vorhanden ist. Das Sozialdezernat hat vom Rat die Genehmigung zur Einrichtung eines Referates erhalten, die Stellenbesetzung erfolgt derzeit. Sobald diese Stelle institutionalisiert ist, sollte von dort das weitere Verfahren übernommen werden.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

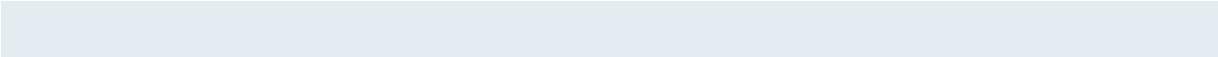
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1144 / 42 Diskriminierungs-,Ausgrenzungs-, Mobbingprävention

Rang: 42

Stimmen pro: 86

Stimmen kontra: 1

Stimmen saldo: 85

Bezirke:

Vorschlagstext:

Vorbemerkung: Ich bin ehrenamtlich für die Aidshilfe Köln in der Schulprävention tätig. In dieser Eigenschaft gehen meine Kollegen und ich in die unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen Köln und kommen mit den Jugendlichen unter zwei Gesichtspunkten ins Gespräch: einmal Umgang mit und Abbau von Berührungängsten und Vorurteilen gegenüber Betroffenen und zum anderen angstfreier aber auch verantwortungsbewusster Umgang mit dem Thema HIV bei beginnender oder schon vorhandener Sexualität. Neben vielen positiven Momenten erlebe ich jedoch sehr häufig Situationen, bei denen Menschen / Jugendliche aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Behinderung, Religion, sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status oder Aussehens angegangen bzw. verhöhnt werden. Wenn dies schon in einem geregelten Schulbetrieb vorkommt, wie eskalierend muss dies dann auf der Straße sein. In der Regel handelt es sich um einen Mangel an Fähigkeiten und noch nicht vorhandene Erkenntnis, sich in andere Lebenssituationen hinein zu denken. Ich erkenne aber auch, dass, wenn man den Jugendlichen ein derartiges Thema einfach mal vermittelt und einen Spiegel vorhält, man die Jugendlichen doch zum Reflektieren anregen kann. Ich finde, dass dieses gesellschaftspolitische Thema im Schulalltag einer multikulturell geprägten Stadt wie Köln unterschätzt wird. Derzeit kann ich nicht erkennen, dass dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in dem Lehrplan eine eigenständige Bedeutung zukommt. Um diesem Thema mehr Raum zu geben, habe ich den Eindruck, dass auch in Teilen der Lehrerschaft noch Überzeugungsbedarf herrscht. Daher folgender Vorschlag: Einrichtung einer zusätzlichen, vielleicht auch befristeten, Arbeitsstelle, die sich nur dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in den Bildungseinrichtungen Kölns annimmt, mit den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen in Kontakt kommt, Überzeugungsarbeit leistet, Konzepte der Lehrplanumsetzung mit erarbeitet, ein Netzwerk unterschiedlichster externer Organisationen, in deren Tätigkeitsgebiet dieses Thema immer wieder vorkommt, aufbaut

und sich auch deren KnowHow und Arbeitskraft bedient (nicht alles kann an Lehrkräften hängen bleiben), Ansprechpartner für eventuelle Aktionen ist, Unterrichtsmaterial, Flyer oder sonstiges Infomaterial mit entwickelt usw. Mein Vorschlag bedarf hinsichtlich seiner Ausgestaltung und Umsetzung sicherlich noch einiger Diskussion. Hierzu lade ich gerne ein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als oberste Schulaufsichtsbehörde für die inneren Schulangelegenheiten zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 11 / 44 Eine zweite Grundschule für Junkersdorf im Stadtbezirk Lindenthal

Rang: 44

Stimmen pro: 93

Stimmen kontra: 10

Stimmen saldo: 83

Bezirke: Lindenthal

Vorschlagstext:

Vorschlag 1: eine zweite Grundschule in Junkersdorf": Zum Einen für den Kauf des Grundstücks der ehemals belgischen Schule und zum Anderen für den Bau einer zweiten Grundschule und eines weiteren Kindergartens auf diesem Grundstück. Vorschlag 2: die Erhaltung des Grünzugs West, Errichtung von Spielplätzen für ältere Kinder

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen. Der Bebauungsplan zum Grünzug West befindet sich zurzeit in der Planungsberatung zum Offenlegungsbeschluss. Nach Rechtskraft des Bebauungsplans sind die planungsrelevanten Voraussetzungen zur Umsetzung gegeben, die vornehmlich durch Kompensationsmaßnahmen realisiert werden.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Nr: 213 / 45 Jugendberufshilfe im Seeberger Treff fürs Jahr 2010 sicherstellen

Rang: 45

Stimmen pro: 87

Stimmen kontra: 4

Stimmen saldo: 83

Bezirke: Chorweiler

Vorschlagstext:

Im Kinder- und Jugendzentrum Seeberger Treff (Träger: Jugendcafé Chorweiler e.V.) in Köln-Seeberg/ Chorweiler gibt es derzeit ein Beratungsangebot für ausbildungs- und arbeitssuchende Jugendliche und junge Erwachsene. Die Stelle ist bis zum 31.12.2009 finanziert. Eine Finanzierung für 2010 hat die Stadt Köln noch nicht sichergestellt. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene in Chorweiler benötigen beim Einstieg ins Berufsleben mehr Unterstützung und Begleitung. Dies kann im Jahr 2009 mithilfe der kommunalen Mittel erfolgreich gewährleistet werden. Inhalte des Beratungsangebotes sind unter anderem: Berufsorientierung Intensive Unterstützung im Bewerbungsprozess Vorbereitung auf Vorstellungstests und -gespräche

Stellungnahme der Verwaltung:

Vielfältige Bemühungen und Angebote tragen dazu bei, Jugendliche und junge Erwachsene in Chorweiler beim Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere die Projektangebote des Programms "Stärken vor Ort" und das Pilotprojekt lokales Büro "die Chance" (gemeinsame Anlaufstelle von Agentur für Arbeit, ArGe Köln, Schulamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Gesundheitsamt und Sozialamt). Darüber hinaus sehen die derzeitigen Planungen der Jugendverwaltung vor, das Beratungsangebot für ausbildungs- und arbeitssuchende Jugendliche des Trägers "Jugendcafé Chorweiler e.V." auch im Jahre 2010 nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zu fördern.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht

positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 111 / 46 Jugend lernt durch soziales Engagement

Rang: 46

Stimmen pro: 86

Stimmen kontra: 4

Stimmen saldo: 82

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Soft skills: Planen, Organisieren, Gespräche führen, Kooperieren, Teamarbeit, Kompromisse finden, Demokratie lernen...Lernen im Ehrenamt ist möglich. Die Leitung von Kinder- und Jugendgruppen, das Organisieren von Gruppenstunden und Fahrten, der Einsatz für Menschen und Umwelt etc. wird nicht in der Schule gelernt, sondern bei den Jugendverbänden. Dies braucht Unterstützung!

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Förderung der Jugendverbände wurde in den vergangenen Jahren mehrfach aufgestockt. Das macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln dieser Arbeit beimisst. 2007 wurden 100.000 EUR zusätzlich unter anderem für die Durchführung von Ferienfahrten zur Verfügung gestellt. Im Doppelhaushalt 2008/2009 wurden zusätzlich 30.000 EUR für die Förderung der Geschäftsstelle des Kölner Jugendrings bereit gestellt. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

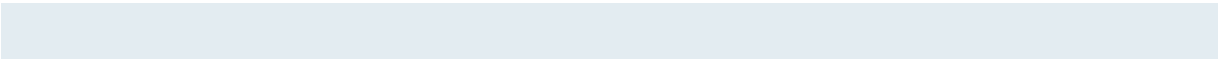
Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 880 / 49 Erweiterung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen

Rang: 49

Stimmen pro: 82

Stimmen kontra: 3

Stimmen saldo: 79

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Mitte 2003 wurden aus Landesmitteln elf Schulsozialarbeiter/innen an Kölner Hauptschulen eingerichtet. Diese Stellen wurden jeweils geteilt, sodass 22 Hauptschulen mit einer halben pädagogischen Fachkraft ausgestattet wurden. Durch die Schließung der Hauptschule Pesch und die Einstellung weiterer Schulsozialarbeiter/innen aus kommunalen Mitteln, gibt es zurzeit noch fünf Schulsozialarbeiter/innen, die jeweils an zwei Hauptschulen beschäftigt sind. Vorschlag: Durch die Schaffung weiterer fünf Stellen für Schulsozialarbeit an den entsprechenden Hauptschulen, würde eine enorme Entlastung für die Schulsozialarbeiter/innen erfolgen, die jetzt noch an zwei Hauptschulen tätig sind. Insbesondere die Hauptschule Holzheimer Weg, die neuerdings in den Klassen 5-7 integrative Lerngruppen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf anbietet, ist auf langfristiger Sicht mit einer halben Schulsozialarbeiterstelle unterversorgt. Denn es ist zu erwarten, dass durch die weitere Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch Bedarf an Betreuung, Begleitung und Förderung eines Schulsozialarbeiters bzw. einer Schulsozialarbeiterin steigen wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiter-

stellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standart. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 1677 / 56 Wertevermittlung schulformübergreifend durch Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität

Rang: 56

Stimmen pro: 82

Stimmen kontra: 6

Stimmen saldo: 76

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Unsere heranwachsenden Kinder und Jugendliche brauchen in unserer Welt, die durchaus auch von Werteverfall, Verrohung der Sitten und irrealen Medienwelten geprägt ist, professionelle Orientierungshilfen sich in der Lebens- und Arbeitsrealität zurecht zu finden und schließlich auch eigene Potenziale zu erkennen und zu nutzen, auch um (soziale) Kompetenzen auszubauen. Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität helfen, Kinder und Jugendliche für ihre Mitmenschen und deren Eigenarten und Bedürfnisse frühzeitig zu sensibilisieren. Die SchülerInnen lernen wertschätzend mit den Unterschiedlichkeiten umzugehen. Werte wie z.B. Empathie, Toleranz, Respekt, Selbstkompetenz und Kommunikationsfähigkeit sind wichtige Bausteine um Tradition zu pflegen und gleichsam Innovation zu fördern. Die Einbindung solcher Angebote zu Wertevermittlung schulformübergreifend stellt ein weiteres Element zu Chancengleichheit und Integration dar.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

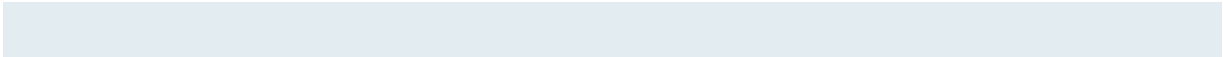
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 278 / 57 OGTS (oder OGS) Qualität der Betreuung verbessern

Rang: 57

Stimmen pro: 76

Stimmen kontra: 2

Stimmen saldo: 74

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Nachdem die Reformen im Nachgang zur Pisa-Studie u.s.w. Eingang in den Schulalltag gefunden haben, stellt sich heraus, dass die damit verbundenen Ziele leider nicht erreicht werden. Dies liegt insbesondere daran, dass die Situation bei der Hausaufgabenbetreuung in OGTS/OGS hinsichtlich Umfang und Fachlichkeit des Personals nur unzureichend sichergestellt ist. Wenn sich eine ungeschulte Kraft um bis zu 30 Kinder kümmern muss, ist der Bildungsauftrag, den auch OGTS/OGS haben, einfach nicht zu erfüllen. Voraussetzung wäre, mehr pädagogisch geschultes Personal einzusetzen, um eine individuelle, d.h auf das einzelne Kind eingehende Betreuung zu gewährleisten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Durchführung von Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe) ist ein wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Konzeptes jeder Offenen Ganztagschule in Köln. Zudem finden individuelle Fördermaßnahmen für Schüler/innen mit Lernproblemen aber auch solche mit besonderen Begabungen in Kleingruppen statt. Die personelle Ausgestaltung dieser Module wird durch die im Kooperationsvertrag definierten Standards konkretisiert. Neben dem Fachpersonal der Trägervereine wird hier insbesondere das von der Schule in den Offenen Ganztage einzubringende Lehrpersonal des jeweiligen Kollegiums eingesetzt. Über den entsprechenden Landeserlass werden jeder Offenen Ganztagschule hierfür zusätzliche Lehrerstellenanteile zur Verfügung gestellt, so dass die Lernzeiten als gemeinsame Aufgabe von Lehrkräften sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrgenommen werden. Was die Organisation und Zielsetzung der Aufgabenbetreuung angeht, so erwarten Eltern von einem Ganztagsangebot, dass die Kinder ihre Aufgaben im Rahmen dessen fehlerfrei erledigen. Neben der Bereitstellung einer lernförderlichen Umgebung erfolgt die Aufgabenbetreuung im Offenen Ganztage durch eine schulpädagogisch-

professionelle Begleitung, die eine selbständige und eigenverantwortliche Erledigung der Schulaufgaben stärkt und weder zur Unter- noch Überforderung des Kindes führt.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum:

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

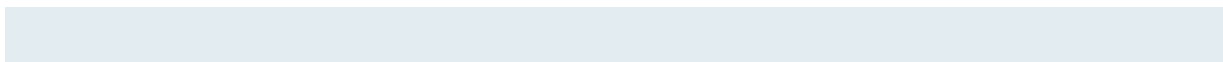
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1607 / 58 Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen

Rang: 58

Stimmen pro: 76

Stimmen kontra: 2

Stimmen saldo: 74

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter werden über alle Schulformen hinweg dringend benötigt, um präventiv psychischer und körperlicher Aggressionen und Gewaltpotenzialen entgegen zu steuern und Wege für Kinder und Jugendliche, Eltern und LehrerInnen auf zu zeigen mit Gewaltpotenzialen um zu gehen und Wege der Kanalisation solcher zu gestalten. Depressionen, Fettleibigkeit, Magersucht, Mobbing bis hin zu Amokläufen sind nur ein paar Beispiele dafür, und zwar schulform- und stadtteilunabhängig, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Es gibt etliche best practice Beispiele welche die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit des Einsatzes von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern an Schulen über alle Schulformen hinweg belegen. Frühzeitiges Wahrnehmen und Gegensteuern bei persönlichen und schulischen Fehlentwicklungen, die sich im Familien-, Schul- und Arbeitsumfeld bis hin zu Eskalation entwickeln können, ist enorm wichtig. Hierbei haben Kooperationen vor Ort, also an der Schule, bessere Chancen positive Veränderungen herbei zu führen. Es gilt durch verstärkten Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen in allen Schulformen, Parallelstrukturen auf zu lösen und somit Multiprofessionalität vor Ort zu lassen, die eine Zusammenarbeit von allen Beteiligten gewähren kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4

Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht

positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 214 / 59 Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!

Rang: 59

Stimmen pro: 83

Stimmen kontra: 11

Stimmen saldo: 72

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Die Busfahrt zum Außerschulischen Lernort Freiluga in Köln Müngersdorf kostet für alle uns besuchenden Schulen viel Geld, dass besser in Unterrichtsmaterialien investiert werden sollte. Wir fordern eine kostenlose Busfahrt zur Umweltbildungsstätte Freiluga wie es schon bei den Schwimmfahrten gehandhabt wird, damit in Zukunft alle Kölner Schulen uns besuchen können, denn durch die jetzige Erhöhung dieser Busfahrten (130?) ist das für viele Schule nicht mehr möglich. Wir haben schon Absagen erhalten. Umweltbildung muss kostenlos sein!

Stellungnahme der Verwaltung:

Kostenlose Busfahrten muss der Schulträger zu außerschulischen Unterrichtsorten anbieten, wenn lehrplanmäßiger Unterricht nur dort und nicht in der Schule stattfinden kann. Der Anspruch hängt allerdings auch davon ab, ob alle anderen Möglichkeiten (ÖPNV, zu Fuß) nicht in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang werden z.B. etliche Busse zu Schwimmhallen eingesetzt. Der lehrplanmäßige Biologieunterricht kann auch in der Schule stattfinden. Daher besteht kein Anspruch auf Busfahrten zur Freiluga. Im Schuljahr 2008/2009 sind 123 Busfahrten zur Freiluga durchgeführt worden. Die Kosten wurden auf die Eltern der Schülerinnen und Schüler umgelegt. Auf der Basis der 123 Fahrten pro Jahr und einer angenommenen Kostensteigerung von ca. 5 % nach Neuausschreibung des Beförderungsvertrages zum Schuljahr 2013/2014 würden folgende, Kosten anfallen: 2010 ca. 16.900 EUR, 2011 ca. 16.900 EUR, 2012 ca. 16.900 EUR, 2013 ca. 17.300 EUR, 2014 ca. 17.700 EUR. Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Kostenübernahme für die Freiluga-Fahrten auch Ansprüche auf Kostenübernahme zu anderen außerschulischen Lernorten geltend gemacht werden könnten. Außerdem könnte die Nachfrage nach den Freiluga-Bussen ebenfalls steigen. Hierdurch würden die prog-

nostizierten Kosten ggf. erheblich steigen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

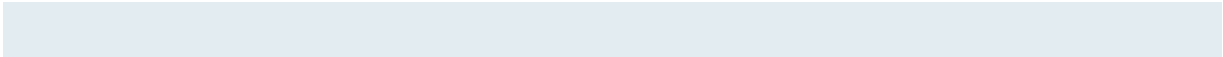
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1084 / 61 Dominik Brunner Freizeitecken

Rang: 61

Stimmen pro: 67

Stimmen kontra: 1

Stimmen saldo: 66

Bezirke: Ehrenfeld

Vorschlagstext:

Der Vorfall von München-Solln war ein Schock für alle Bürger des Landes, sogar die Eltern der Täter zeigten sich erschüttert. Damit es in Zukunft nicht mehr zu solchen Vorfällen kommt, werden Stimmen laut, die härtere Strafen für die Täter fordern. Die Vergangenheit lehrt aber, dass dies kein erfolgversprechender Weg ist. Präventive Maßnahmen sind angezeigt, um Langeweile und Frust bei den Jugendlichen zu bekämpfen. Hier in Köln Vogelsang gibt es zwar eine Reihe Spielplätze für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter, für ältere Kinder und Jugendliche sieht es aber düster aus. Ihre Freizeit wird mit Game-Boy, Computerspielen, Fernsehen und Videos gestaltet. Geht es nach draußen, treffen die älteren Kinder und Jugendlichen auf Schilder mit dem Inhalt: "Ballspielen jeglicher Art verboten". Angebote gibt es keine. So liegt es Nahe, dass die jungen Menschen ihren Energien auf unangemessene Weise freien Lauf lassen. Zerstörungswut und Frustration wird durch diese Art der Vernachlässigung unterstützt. Um eine Kultur der "Freizeitbildung" neben der "Schulbildung" entstehen lassen zu können, wird also dringend Raum benötigt, - wo gesunde Rivalitäten unter den Kindern und jungen Menschen ausgelebt werden können, - wo Interesse für Hobbys geweckt wird, welche später in Vereinen weiter ausgeübt werden können, - wo die Energien der Jugendlichen in sinnvolle Bahnen geleitet werden, - wo Jugendliche eine Anlaufstelle haben, um sich mit anderen treffen zu können, - wo die verschiedenen Kulturen, Nationen und Generationen miteinander in Kontakt kommen, - wo.... Für unsere konkreten Vorschläge sind die räumlich notwendigen Gegebenheiten in Form von städtischen Ausgleichsflächen in direkter Umgebung bereits vorhanden. (Wiese links neben dem Fußweg zwischen Silbermönchenweg und Strandläuferweg, große Wiesen zwischen Vogelsang Nord und Neu-Vogelsang). Zur anteiligen Deckung der entstehenden Kosten könnten eventuell die Bauräger [...] herangezogen werden. Unsere Vorschläge: - Basketballfeld mit Kunststoffbodenbelag; zwei Körbe, Metallnetze - Fußballfeld (Kleinspielfeld) auf vorhande-

ner Wiese eingrenzen; Metalltore mit festen Netzen - Freiluftsachfeld - Boccia / Boule -Feld auf verdichtetem Sand / Kies - Volleyballfeld - Badmintonfeld - Grillplatz Pavillon (offene Hütte) Initiative zur Verbesserung der Freizeitbildung von Jugendlichen in Köln-Vogelsang.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Stadtviertel "Siedlung Vogelsang Nord" ist ein neues in sich abgeschlossenes Wohngebiet, räumlich isoliert zu den anderen Wohngebieten von Vogelsang, mit hohem Anteil an sozialem Wohnungsbau. Hier leben viele Familien mit Kindern ohne ausreichende soziale Infrastruktur. Im gesamten Neubaugebiet, aber auch im Gesamtstadtteil, gibt es keinen einzigen öffentlichen Bolzplatz bzw. Freizeitplatz für ältere Kinder und Jugendliche. Daher wird dringend in Vogelsang Nord eine Aufenthaltsfläche benötigt, die für Fußball spielen, Streetball und weitere Bewegungsspiele genutzt werden kann. Den Kindern und Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich sportlich zu betätigen, ihrem Drang nach Bewegung nachzukommen und einen gemeinsamen Treffpunkt zu haben, an dem sie sich austauschen können. In dem Stadtviertel stehen städtische Flächen zur Verfügung, die zurzeit auf Eignung überprüft werden. Die Kosten würden sich auf ca. 350.000 EUR belaufen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 188 / 67 Anzahl Räume / Personal für den Betrieb der offenen Ganztags-
schule**

Rang: 67

Stimmen pro: 62

Stimmen kontra: 5

Stimmen saldo: 57

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Dem offenen Ganztags stehen hier oft nicht genügend Betreuungsräume mit der entsprechenden Ausstattung zu Verfügung. Es ist zwar ein Essensraum für die Essenseinnahme vorhanden und für die Erledigung der Hausaufgaben können Klassenräume in der Schule genutzt werden. Dennoch kommt es, auch wenn man diese Zeiten inklusive der Zeiten für die AGs berücksichtigt, trotzdem in den Stoßzeiten zu einer enorm hohen Kinderzahl in den Gruppenräumen (Verteilerzahl: 50 Kinder = 1 Betreuungsraum). Hierdurch werden Kinder sowie das Personal einem enorm hohen, gesundheitsschädigendem Lärmpegel ausgesetzt. Den Kindern ist es in dieser Situation kaum möglich, zu einem Zustand der Ruhe und Ausgeglichenheit zu gelangen, wie es nach einem langen Schultag wichtig wäre. Insbesondere Kinder mit Wahrnehmungsstörungen, wie Reizüberflutungen etc., erleben dies sicher als besonders belastend. Erstrebenswert wäre eine Gruppengröße von max. 25 Kindern, wodurch bei einer Betreuungszahl von durchschnittlich 100 Kindern in zweizügigen Grundschulen der Bedarf von zwei weiteren Räumen mit der entsprechenden Ausstattung und ebenfalls ein erhöhter Personalbedarf (in der Regel zwei Aufsichtspersonen pro Raum) entstehen würde, um Kinder adäquat beaufsichtigen zu können. Der Essraum kommt als Betreuungsraum dabei nicht in Frage, da dieser in der Regel schon durch diverse AGs belegt ist. Daher wird gefordert, dass mehr Räumlichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung für den offenen Ganztagesbetrieb zur Verfügung gestellt werden können inklusive des erforderlichen zusätzlichen Personals. Als optimal wären hier ein Verteilerschlüssel 1 Raum für 25 Kinder mit 2 Betreuungspersonen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum Start der Umsetzung des Programms der offenen Ganztagschule (OGTS) im Primarbereich und Festlegung des Raumprogramms war der Zuspruch zur OGTS

(ständig steigende Bedarfe) noch nicht absehbar. Die Festlegung eines deutlich höheren Raumprogramms hätte weitaus mehr OGTS-Neubauten erfordert und eine Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln wäre nicht möglich gewesen. Der Rat der Stadt Köln hat aufgrund der Finanzlage eine 100% Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln beschlossen. Mit den neuen Raumprogrammleitlinien hat die Stadt Köln auf die steigenden Bedarfe/Anforderungen reagiert und setzt diese bei allen künftigen Neubauplanungen ein. Für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote des Offenen Ganztags im Primarbereich stehen neben den Betreuungsräumen generell auch alle übrigen Unterrichts- und Mehrzweckräume eines Schulgebäudes zur Verfügung - und das nicht erst bzw. einzig für die Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe). Daneben kann die Turnhalle, ein Forum - soweit vorhanden - sowie das Außengelände genutzt werden. Sofern die Platzkontingente an einzelnen Standorten 50% der insgesamt dort beschulten Kinder übersteigen, gehen Schulleitungen und Trägervereine zudem dazu über, durch die Rhythmisierung eines Zuges die Klassenräume noch intensiver dual zu nutzen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 896 / 74 Bildungslandschaft HöVi

Rang: 74

Stimmen pro: 50

Stimmen kontra: 1

Stimmen saldo: 49

Bezirke: Kalk

Vorschlagstext:

Ende 2008 hat der Rat der Stadt Köln die Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst beschlossen und auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die bestehenden Bildungsangebote in einem erweiterten Bildungsverständnis besser aufeinander abzustimmen, die Bildungschancen für die Menschen im Viertel zu verbessern, die Bildungsbeteiligung zu erhöhen und das Raumangebot für Bildung zu optimieren. Der Startschuss für die Bildungslandschaft durch die Schuldezernentin und die federführend beteiligte GAG Immobilien AG fiel im März diesen Jahres. Seitdem konnte schon einiges erreicht werden. So wurden die vorhandenen Bildungsräume in den Blick genommen, erste Optimierungen im Bestand durchgeführt, mit pädagogischen Fachleuten des Sozialraums über ein gemeinsames Bildungsverständnis diskutiert und erste Leitlinien für einen gemeinsamen Bildungsrahmen entwickelt. Insgesamt hat sich allein auf der pädagogischen Ebene ein Netzwerk mit über 30 Vertretern ergeben, das Interesse der beteiligten Fachämter ist ebenfalls groß. Es fehlt jedoch der entscheidende und mutige Schritt zu einem gemeinsamen, umfassenden Bildungskonzept, an dem sich auch bauliche Maßnahmen orientieren können. Hierzu bedarf es einer kontinuierlichen und intensiven Federführung durch einen Kommunikationsprofi. Diese Fachkraft muss in der Lage sein, die verschiedenen pädagogischen Ebenen, bestehend aus formaler Bildung, non-formaler Bildung und informeller Bildung, zusammenzuführen und die Akteure zu befähigen, sich auf ein gemeinsames Rahmenkonzept zu verständigen. Dies ist keine Aufgabe, die von irgendeiner Stelle nebenbei erledigt werden kann, sondern bedarf der konzentrierten Arbeit und zielgerichteter Entwicklung. Das Stadtteiltreffen Höhenberg/Vingst, die Arbeitsplattform der haupt- und ehrenamtlichen Akteure des Stadtteils, hat deswegen in seiner letzten Sitzung seine Sprecher einstimmig beauftragt, im Rahmen des Bürgerhaushaltes einen entsprechenden Antrag einzubringen. Das Stadtteiltreffen hat sich dafür ausgesprochen, dass diese Funktion von einer Person mit mindestens einer halben Stelle für einen

mittelfristigen Zeitrahmen ausgefüllt sein soll. Im Vordergrund der Tätigkeit muss die Konzeptentwicklung gemeinsam mit den Akteuren vor Ort stehen. Dies erfordert in erster Linie ein kommunikatives Profil und einen pädagogischen Background, sowie ein fundiertes Wissen aus dem Bereich Netzwerksteuerung. Die Einrichtung einer solchen Stelle für mind. drei Jahre wird hier beantragt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.11.2008 die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit in den Stadtteilen Höhenberg und Vingst beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass für die pädagogische Begleitung einer Konzeptentwicklung ein Förderantrag beim Schulministerium gestellt werden sollte mit dem Ziel der Freistellung einer Lehrkraft. Diesem Antrag wurde nicht entsprochen. Im Übrigen wird inzwischen die Priorität auch nicht mehr auf eine Pädagogin gelegt, sondern vielmehr auf eine Kraft mit Management- und Kommunikationsfähigkeiten. Der nun vorliegende Antrag ist fachlich grundsätzlich nachvollziehbar. Mit diesem Antrag soll jedoch eine der Grundlagen des Ratsbeschlusses korrigiert werden, indem die ursprünglich beabsichtigte Landesbeteiligung nun durch eine kommunale ersetzt werden soll. Inwieweit der Umfang einer halben Stelle erforderlich ist, kann jedoch nicht beurteilt werden, er erscheint recht hoch veranschlagt. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, aus vorhandenen Personalressourcen eine Kraft im Umfang einer halben Stelle zur Verfügung zu stellen. Die Einstellung einer Mitarbeiterin ist aus Gründen der prekären Haushaltssituation aus den vorhandenen finanziellen Ressourcen ebenfalls nicht möglich. Die Personalkosten würden für eine halbe Stelle rd. 37.500 EUR zzgl. Arbeitsplatzkosten von 13.000 EUR pro Jahr betragen. Bezogen auf die beantragte Dauer von 3 Jahren ergäbe sich ein Kostenvolumen von insgesamt ca. 150.000 EUR.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Nr: 1668 / 78 Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkt-Veedeln fördern

Rang: 78

Stimmen pro: 47

Stimmen kontra: 2

Stimmen saldo: 45

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Zur Amtszeit von Fritz Schramma wurden die finanziellen Mittel für die Arbeit mit Jugendlichen in sozialen Brennpunkten stark gekürzt, meines Erachtens eine Fehlentscheidung. Die Arbeit sollte mit Sozialarbeitern oder -pädagogen wieder in Angriff genommen werden. Wir alle müssen den Jugendlichen helfen, dass sie eine Chance bekommen in unserer Gesellschaft.

Stellungnahme der Verwaltung:

Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen. „Streetworkprojekt“: Der Rat der Stadt Köln beschloss am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Das Projekt `Steuerung und Intervention durch Streetwork`, das im Rahmen des Ratsbeschlusses initiiert wurde, hat zum 15.07.2008 begonnen. Die Umsetzung erfolgt in enger Kooperation zwischen dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. und dem Amt für Kinder, Jugend und Familie. Es konnten 7 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen als Streetworker gewonnen werden. Von diesen Stellen werden zwei Fachkräfte von der AWO Köln gestellt. Die dazugehörige Koordinationsstelle wurde über die Stadt Köln besetzt und gilt darüber hinaus als Fachstelle für Gewaltprävention und Jugendkriminalität. Die Einsätze der Streetworker beziehen sich auf das gesamte Stadtgebiet. Unterschieden wird in drei Haupteinsatzbereiche: - Einsätze in den Stadtteilen - Einsätze zu besonderen Anlässen, wie z.B. jugendorientierten Großveranstaltungen - Situative

Einsätze wie z.B. Demonstrationen. Durch das Projekt besteht die Möglichkeit, flexibel auf Jugendproblematik im öffentlichen Raum reagieren zu können. Die Streetworkereinsätze erfolgen überwiegend in den sozialen Brennpunkten in Köln. Die Arbeit ist niederschwellig und basiert auf Freiwilligkeit der Jugendlichen. Die Reintegration in Regelsysteme soll Ausgrenzung und Stigmatisierung der Adressaten/-innen verhindern. Ziel ist auch, dass Jugendliche nicht pauschal als „gefährlich“ generell eingestuft werden. Grenzüberschreitendes Verhalten soll mit den Jugendlichen reflektiert und Maßnahmen angeboten werden, die eine Veränderung des Verhaltens unterstützen können. Durch den persönlichen Kontakt und eine Anbindung im Sozialraum soll Einfluss auf die Lebenssituation der einzelnen Jugendlichen genommen werden. Ziel ist immer, Jugendliche an bestehende oder neu zu initiiierende Angebote heranzuführen, zu integrieren.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 1288 / 79 erhöhtes Stundendeputat für Rhythmisierung an der KGS Mainzer Straße

Rang: 79

Stimmen pro: 49

Stimmen kontra: 5

Stimmen saldo: 44

Bezirke: Innenstadt

Vorschlagstext:

Sehr geehrte Damen und Herren, in unserer Grundschule lernen und leben 390 Kinder - davon 291 im Ganzttag (2010/11 voraussichtlich 320 im Ganzttag) zusammen mit über 60 LehrerInnen und PädagogInnen von 7.30 Uhr bis 16 (teilweise 17) Uhr. Die vorhandenen Räumlichkeiten wurden von uns bestmöglich und umfangreich für das gemeinsame Zusammenleben in den Sommerferien umgestaltet (und werden es noch) - um so viel Raum für unsere Kinder zum Spielen, Lernen, Essen, Ausruhen, Kreativ sein, Forschen ... wie möglich zu schaffen. Alle sind mit viel Eifer und Herzblut dabei. Im nächsten Schuljahr wollen wir auch mehr und sinnvoller die Zeit umstrukturieren - angepasst an den Biorhythmus unserer Kinder im idealen Wechsel Konzentration - Entspannung - Bewegung - Sozialem Miteinander. Allerdings steht diesem Vorhaben eine Rahmenbedingung besonders im Weg: Unser OGS-Team aus Gruppenleitungen und Assistenten hat zu wenig Stunden. Der Träger tut alles, um so viele Stunden wie möglich zur Verfügung zu stellen, aber die Finanzen sind sehr sehr knapp. Zur gelingenden Umsetzung - für ein angemessenes Zedit und Raumkonzept - benötigen wir ein erhöhtes Stundendeputat unserer OGS-PädagogInnen!

Stellungnahme der Verwaltung:

Nicht allein die Katholische Grundschule Mainzer Str. sondern darüber hinaus weitere Offene Ganzttagsschulen in Köln haben ihr standortbezogenes pädagogisches Konzept hinsichtlich der Verzahnung der außerunterrichtlichen Angebote mit dem lehrplanmäßigen Unterricht fortgeschrieben. Diese Entwicklung erfolgt mit der Zielsetzung, die Schule sukzessive über das "additive System", in dem Vor- und Nachmittag aufeinander aufbauen, hinaus zu einem wirklich rhythmisierten Schultag, bei dem sich Unterricht sowie Betreuungs- und Förderangebote abwechseln, umzuges-

talten. Aufgrund der fehlenden finanziellen wie rechtsgestaltenden Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW bei diesem innovativen Fortschritt, sind die Schulen und Träger hierbei bislang auf das freiwillige Engagement der einzelner Akteure vor Ort angewiesen. Der so beschriebene Trend wird seitens der Schulverwaltung befürwortet und wurde beispielhaft im Rahmen einer Zukunftswerkstatt begleitet. Zudem dient eine auf vielfachen Wunsch der Kooperationspartner geplante Fortbildungsveranstaltung im 2. Schulhalbjahr dazu, den Austausch von Trägern und Schulleitungen zu diesem Thema zu ermöglichen. Aufgrund der jedoch fehlenden Praxis können die finanziellen Auswirkungen der notwendigen Erhöhung der Stundendeputate seitens der Schulverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt für alle Schulen, die mit einem rhythmisierten Schultag starten möchten, nicht konkret beziffert werden.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Nr: 832 / 82 Kein Interesse für das Thema Jungen und Bildung?

Rang: 82

Stimmen pro: 48

Stimmen kontra: 5

Stimmen saldo: 43

Bezirke:

Vorschlagstext:

Bildung lohnt immer! sagt der Frauenrat. Aber auch Männer- und Vätereinitiativen meinen, Bildung für alle sei das wichtigste Kapital für zukünftiges Wohlergehen. MANNdat mahnt, Jungen würden endgültig zu Bildungsverlierern, wenn nicht Mütter und Väter, Lehrer/innen und Erzieher/innen von der Politik einen anderen Umgang mit der sinkenden Bildungsleistung von Jungen einforderten. Es sei ein Irrtum, dass die wachsenden Defizite der männlichen Hälfte des Nachwuchses keine Folgen haben für das eigene Fortkommen und die Wirtschaftsleistung des Standorts. Schon heute müssen riesige Summen für Nachqualifizierung ausgegeben werden, die in der qualifizierenden Weiterbildung fehlen. Der Kölner Bildungsbericht muss Informationen und Zahlen bereitstellen und Lösungen für die städtische Bildungspolitik aufzeigen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen und Studienseminare, Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht, Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 83 / 86 mehr Personal in Schulen

Rang: 86

Stimmen pro: 43

Stimmen kontra: 1

Stimmen saldo: 42

Bezirke:

Vorschlagstext:

Nachdem die Reformen in den Schulen "angekommen" sind, denke ich, sind auch die Probleme sichtbar. Der Unterrichtsstoff ist kaum noch zu vermitteln, die Klassen nach wie vor zu groß, der Umgang mit und unter den SchülerInnen oft konfliktbelastet (Mobbing, Amokläufe etc.) Man müsste also mehr Geld in die Bildung stecken. Sprich: Mehr Lehrerstellen, mehr Soz.arb.stellen oder Schulpsychologen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4 Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

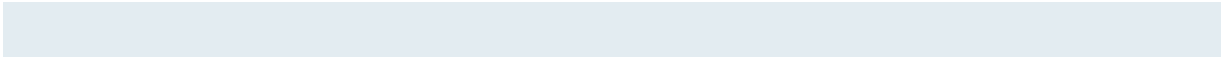
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1381 / 90 Obst und Gemüse an Schulen und Kindergärten

Rang: 90

Stimmen pro: 41

Stimmen kontra: 2

Stimmen saldo: 39

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

... und zwar nicht aus dem Supermarkt, sondern selbst angebaut! Viele Schulen (z.B. die Berufsschule an der Weinsbergstraße oder die Grundschule in der Lindenbornstraße) und Kindergärten haben Freiflächen, auf denen statt der üblichen Ziergehölze Obst und Gemüse gesät und gepflanzt werden könnten. Zur Umsetzung würde sich entweder ein Profi finden, der sich um alles kümmert (siehe den Vorschlag Nr. 684 vom Stadtwinzer) oder es werden Projekt-AGs der Schüler und Kindergartenkinder gebildet. Das Vorhaben kostet nicht viel Geld, macht den Kindern Spaß, ein Bewusstsein dafür, wo unsere Lebensmittel herkommen, entsteht, die Bäume, Sträucher und Beete sehen gut aus und nicht zuletzt schmecken eine frisch aus der Erde gezupfte Möhre oder ein selbst gepflückter Apfel auch richtig gut. An die Redaktion: Eigentlich gehört dieser Vorschlag gleichzeitig zur Kategorie Umweltschutz.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum:

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

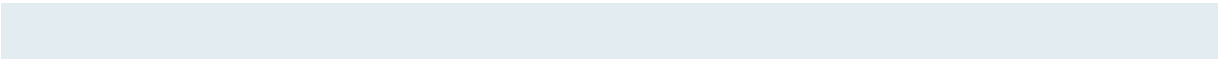
Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 323 / 92 Geschlechtersensible Bildung

Rang: 92

Stimmen pro: 53

Stimmen kontra: 15

Stimmen saldo: 38

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Dieser Tage hat der Deutsche Frauenrat geschlechtersensible Bildung gefordert. Er erwartet die Bereitstellung von Angeboten, die allen Kindern und Jugendlichen zugute kommen, unabhängig vom Geschlecht und vom familiären und sozialen Hintergrund. Vor allem Mütter wissen, dass ihre Söhne in der Bildung schlechter dastehen als ihre Töchter. Woher kommt dies? Liegt es an der Schule oder an der Erziehung in der Familie? Damit Eltern ihren Kindern gleiche Chancen bieten können, brauchen sie Information und Beratung. Der Kölner Bildungsbericht, der sich in Vorbereitung befindet, muss Empfehlungen geben, was Eltern in dieser Stadt für den gleichen Bildungserfolg ihrer Kinder tun können, ganz gleich, ob sie als Sohn oder Tochter zur Welt gekommen sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht, Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

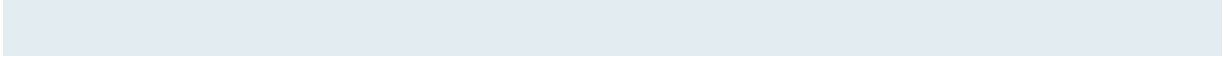
Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1254 / 93 Interkulturelle Elternarbeit sollte als präventive Möglichkeit für bildungsbenachteiligte Familien an weiteren Schulen in Köln eingerichtet werden

Rang: 93

Stimmen pro: 41

Stimmen kontra: 3

Stimmen saldo: 38

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, haben bessere Chancen einen guten Schulabschluss zu erreichen, wenn ihre Familien aktiv als Partner von Schulen gewonnen werden. Das gelingt z.Zt. schon durch interkulturelle Elternarbeit in Form von Mütterbildungscafés oder der Gründung von Elterninitiativen im Stadtbezirk Kalk und Chorweiler. Durch Träger der freien Jugendhilfe mit Mitarbeiterinnen die mehrsprachig sind und engagierte Lehrpersonal der Schulen, werden die Familien erreicht. Gerade Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund scheitern häufiger in der Schule und erhalten so keinen Zugang zum Ausbildungssystem. Geld für gescheiterte Jugendliche in den sogenannten Maßnahmen auf dem zweiten Ausbildungsmarkt, wäre langfristig sinnvoller in präventiver Arbeit angelegt. Erprobte Interkulturelle Elternarbeit sollte auf weitere Stadtbezirke in Köln ausgeweitet werden und am besten schon in den Grundschule beginnen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wissenschaft und Fachkräfte in der Praxis haben in den vergangenen Jahren zunehmend die Bedeutung von Elternarbeit erkannt. Das schlägt sich beispielsweise in der Ausweitung von Kindertagesstätten zu Familienzentren nieder. Auch viele Schulen haben Elterncafés eingerichtet und suchen intensivere Kontakte zu den Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler. Diese Aufgabe wird vor allem den Elementar- und den Primarbereich des Bildungssystems beschäftigen. Es bedarf jedoch weiterer Prüfungen, z. B. wie viele Schulen müssten in welchem Umfang beteiligt sein, damit man von einem bedarfsgerechten Angebot sprechen könnte? Wie sähe eine Minimalversorgung aus? Ermittlung von Kosten etc. Derzeit wird ein "Bildungssekretariat"

formiert, im Rahmen von "Lernen vor Ort" sollen möglichst alle Bildungsbereiche durchleuchtet und verbessert werden. Der Familienbildung ist in diesem Zusammenhang ein Teilprojekt gewidmet, welches zunächst auf drei Jahre angelegt ist. Es wäre zu prüfen, ob der Vorschlag im Rahmen dieses Projekts umgesetzt werden kann.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Nr: 905 / 96 Entwicklungspolitische Bildung verstärken!

Rang: 96

Stimmen pro: 45

Stimmen kontra: 11

Stimmen saldo: 34

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Um den Themenbereich Entwicklungspolitische Bildung für Kölner SchülerInnen aufzubereiten ist die Einrichtung einer Koordinations-Stelle am Schulverwaltungsamt erforderlich. Die Internationalisierung der kommunalen Gemeinschaft zeigt sich nicht zu letzt in Kölner Schulen. Eine Aufgabe der/des Entwicklungspolitischen Beauftragten ist es, die kommunale Umsetzung der UNO-Millenniumsentwicklungsziele (MDG: Millennium Development Goals = Weltweiter Plan zur Reduzierung von Armut, Hunger, Unterentwicklung und für mehr Gleichberechtigung) an Kölner Schulen zu unterstützen. Ferner existiert bundesweit eine zunehmende Anzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Einrichtungen, die sich mit internationalen Schüleraustauschprogrammen ? auch mit Schulen aus Entwicklungsländern ? und in der Entwicklungszusammenarbeit international engagieren. Aber weiterhin verlässt entwicklungspolitisches Engagement oft nicht den Rahmen einer einzelnen Schule. Um hier eineN AnsprechpartnerIn im Dickicht der Vielzahl an Organisationen zu haben und ein partnerschaftliches Engagement über Kölner Schulen hinweg zu ermöglichen ist eine Koordinations-Stelle sinnvoll. Minimalanforderungen an die/den EntwicklungspolitischeN BildungsbeauftragteN sind ein kompetenter entwicklungspolitischer Hintergrund sowie ausgeprägte Vernetzungsfähigkeiten. Dieser Vorschlag entwickelte sich in Anlehnung an das vom Rat 2008 beschlossene ?Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele?.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die festgelegten Milleniumsziele sollten für den Bereich der Schulverwaltung durch die Unterstützung von internationalen Schüleraustauschprogrammen unterstützt werden. Die Entscheidung, eine für diese Aufgabe beantragte Stelle zu genehmigen, wurde durch den Rat zunächst vertagt. Eine Genehmigung müsste neu aufgegriffen

werden.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV lehnt den Vorschlag ab

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

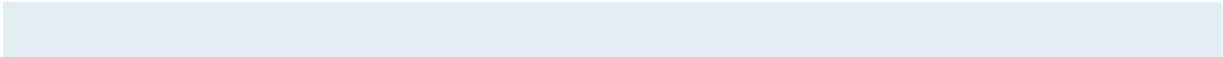
Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



Nr: 1554 / 97 Ausbau von Grundschulen in Ganztagschulen unter Berücksichtigungen von Quantitäts- und Qualitätsansprüchen

Rang: 97

Stimmen pro: 34

Stimmen kontra: 1

Stimmen saldo: 33

Bezirke: Gesamt Köln

Vorschlagstext:

Der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen muss noch intensiver unterstützt und schneller umgesetzt werden: Bei der Umsetzung des Ausbaus müssen verstärkt sowohl Bedürfnisse von Familien an Quantität, d.h. Anzahl an Plätzen und Öffnungszeiten als auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse z.B. bzgl. Architektur (z.B. Verwendung von lärmdämmenden Materialien beim Innenausbau in freundlichen Farben) und bzgl. Pädagogik (z.B. Auflösung des 45-Minuten-Taktes, Abwechseln von Lern-, Erholungs-, kreativen und sportlichen Phasen) unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Unternehmen zu Qualitätsstandards einfließen: z.B. -Verkleinerung von Gruppen -mehr Räume in den Einrichtungen - Gewährleistung von Ruhezeiten -Qualifizierte Hausaufgabenbetreuung -Transparenz und regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Schule und Träger, und zwischen LehrerInnen und betreuenden Personen in Rückkopplung mit den Eltern

Stellungnahme der Verwaltung:

Beschrieben wird in der Eingabe der „Ausbau von Grundschulen in gebundene Ganztagschulen“. Hierzu fehlt bislang sowohl die finanzielle wie auch rechtsgestaltende Unterstützung des Landes. Trotzdem begeben sich Schulleitungen und Trägervereine innerhalb des Systems Offene Ganztagschule auf den Weg zum rhythmisierten Schultag. Was die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Offenen Ganztagschulen anbelangt, so führt die Schulverwaltung in quantitativer Hinsicht jährlich eine Bedarfserhebung und anschließende Abstimmung mit allen Schulleitungen und Trägervereinen über das zum folgenden Schuljahr benötigte Kontingent durch. Hier wird zunächst geprüft, ob durch an einzelnen Standorten existierende Minderbedarfe anderweitig bestehende Mehrbedarfe aufgefangen werden können. Aufgrund des bis dato noch ausstehenden Gesamtergebnisses kann noch keine Aussage getroffen

werden, ob das gesamtstädtische Platzkontingent zur Deckung des Bedarfes ausreicht. Für die Verlängerung der Öffnungszeiten um 1 Stunde über 16.00 Uhr hinaus oder vor 8.00 Uhr wird eine kommunale Zusatzförderung je Schulstandort gezahlt. Ebenso gehört es bereits zu dem gelebten Ganztagskonzept der Schulen, dass u. a. durch die Teilnahme der/des von dem Trägerverein eingesetzten Koordinator/in an den Sitzungen der schulischen Gremien ein regelmäßiger Austausch zwischen Träger, Schulleitung und Kollegium gewährleistet ist. Auch finden - allerdings noch nicht allorts und die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt - gemeinsame Sprechtag statt, bei denen OGTS-Leitungen gemeinsam mit Lehrer/innen die Eltern beraten. Die zeitlichen Korridore hierfür sind allerdings sehr begrenzt.

Voten Bezirksvertretungen:

Bezirksvertretung Innenstadt

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Lindenthal

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Freitext: Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

Votum: Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertretung Nippes

Freitext:

Votum: Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Chorweiler

Freitext: Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und

empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

Bezirksvertretung Porz

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Kalk

Freitext:

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

Bezirksvertretung Mülheim

Freitext: Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Votum: Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.